

Starker Tourismus braucht ein starkes Europa: Wir sagen JA zur EU!

Plädoyer für eine starke europäische Gemeinschaft

Ende Mai stehen die Europawahlen an. Die Wähler werden die Weichen dafür stellen, in welche Richtung sich die EU entwickeln und wer künftig die Rahmenbedingungen – auch für die Tourismuswirtschaft und die Zukunft des Reisens - bestimmen wird.

60 Prozent aller Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland gehen auf das Konto von Reisenden aus EU-Staaten. Gleichzeitig liegen 8 der zehn beliebtesten ausländischen Urlaubsziele der Deutschen in der EU. Zwei exemplarische Zahlen, die zeigen wie relevant das Reisen innerhalb der EU auch für die deutsche Tourismuswirtschaft ist.

Eins ist ganz klar: Tourismus profitiert von den EU-Errungenschaften wie Reisefreiheit und Euro wie keine andere Branche. Offene Grenzen, der gemeinsame Handelsraum, die freie Mobilität unserer Gäste genauso wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit für unsere Mitarbeiter unterstützen Tourismus und tragen zum touristischen Wachstum in Europa bei. Gerade für die jüngere Generation, die Europa gar nicht anders kennt, sind die Errungenschaften der EU heute eine Selbstverständlichkeit. Oft wird unterschätzt, wie sehr die EU damit die Welt und auch den Tourismus verändert hat. Umgekehrt trägt Tourismus dazu bei, dass Europa eine gemeinsame, wenn auch bei Weitem noch nicht gefestigte Identität entwickeln konnte. Diese Errungenschaften gilt es zu bewahren, zu sichern und zu stärken.

Der Dachverband der deutschen Tourismuswirtschaft sagt deshalb ganz klar Ja zur EU und erteilt Forderungen nach Abschottung genauso wie fremdenfeindlichen Bewegungen eine klare Absage.

Unser Appell gilt insbesondere den Hunderttausenden Unternehmern und 3 Millionen Mitarbeitern der Branche:

Geben Sie am 26. Mai Ihre Stimme ab und wählen Sie eine starke europäische Gemeinschaft ganz im Sinne unserer Branche!

Für eine starke Europäische Gemeinschaft brauchen wir aber auch Europapolitiker, die das Vertrauen in die europäischen Institutionen stärken. Und genau dazu rufen wir ebenfalls auf.

Die EU muss bürokratieärmer werden!

Weniger Bürokratie ist eine ganz wesentliche Forderung der Tourismuswirtschaft. Das gilt für die Prozesse der europäischen Institutionen. Das gilt aber insbesondere auch für die politischen Inhalte. Pauschalreiserichtlinie, Datenschutzgrundverordnung und Acrylamidverordnung sind drei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die deutlich machen, wie wirklichkeitsfremd und überbürokratisch manche Regelungen aus Brüssel sind – und sie alle treffen gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe unserer Branche ins Mark. Europäische Politik muss sich künftig stärker an der betrieblichen Praxis ausrichten. Sie muss drohende Bürokratie bei ihren Entscheidungen im Blick haben und verhindern.

Das hohe Gut der Reisefreiheit muss gesichert werden!

Im Kern heißt dies, die offenen Grenzen zu bewahren und zu garantieren, so wie es das Schengener Abkommen vorsieht. In Krisenfällen ist es manchmal fraglos unausweichlich, Grenzen zu schließen. Doch darf dies keine dauerhafte, absolute und unhinterfragte Lösung bleiben. Wir brauchen einen sinnvollen Kompromiss zwischen Reisefreiheit und Sicherheit und in jedem Einzelfall eine regelmäßige Abwägung zwischen diesen beiden Werten. Die Reisefreiheit muss erhalten werden, die Inhalte des Schengener Abkommen dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.

Reisefreiheit bedeutet aus unserer Sicht aber noch mehr. Es geht auch um die individuelle Reisefreiheit, um die Freiheit jedes einzelnen Bürgers zu reisen. Zunehmend wird – von Klimaaktivisten aber auch in Teilen der Politik - darüber diskutiert, ob das Reisen aus Klimaschutzgründen kontingentiert bzw. künstlich verteuert werden sollte. Dies greift tief in die individuelle Reisefreiheit ein – aus unserer Sicht zu tief. Die EU muss sowohl aus wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher Sicht ein Interesse daran haben, dieser Tendenz gegenzusteuern und Reisen nicht wieder zum Luxusgut für wenige Privilegierte werden zu lassen.

Die EU sollte „Seamless Travel“ fördern und stärken!

Das kontinuierliche und dynamische Wachstum des Tourismus in Europa und weltweit ist eine höchst erfreuliche Entwicklung, stellt aber auch Anforderungen an Branche wie Politik. Die Förderung und Stärkung von Seamless Travel – also einem möglichst nahtlosen, reibungslosen und damit auch positiven Reiseerlebnis - wird bei dieser Herausforderung eine wichtige Rolle spielen. Dies fängt bei der Visavergabe an und geht hin bis zur Steuerung der Besucherströme in stark frequentierten Destinationen. Um dieser Idealvorstellung näher zu kommen, brauchen wir effizientere und beschleunigte Visaantragsverfahren und Flughafenkontrollen. Wir brauchen Intermodalität, die die digitalen Möglichkeiten und alle Verkehrsträger mit einbezieht, egal ob Bahn, Bus, Flugzeug oder Taxi. Und wir brauchen digitale Lösungen, die auch dazu beitragen, die Besucherströme in den Destinationen zu lenken und zu entzerren.

Globale Branchen brauchen globale Lösungen: Auf europäische Alleingänge im Luftverkehr muss verzichtet werden!

Seit 2012 wird der europäische Luftverkehr in den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) einbezogen. Jedoch führt dieses Modell bisher nur zu Wettbewerbsverzerrungen und eingeschränkten Ergebnissen für das Klima, da sich der Emissionshandel momentan nur auf innereuropäische Flüge beschränkt. Fluggesellschaften mit großen Anteilen von innereuropäischen Flügen stehen im Vergleich zu Konkurrenten mit weniger innereuropäischen Flugangeboten wettbewerbstechnisch schlechter da. Hier bietet das globale Klimaschutzabkommen CORSIA (Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation), welches ein klimaneutrales Wachstum des Luftverkehrs vorsieht, die Lösung. In diesem Zuge ist es zwingend notwendig, dass mit Beginn von CORSIA

internationale Flüge innerhalb der EU sowie Flüge in die EU und aus ihr hinaus über CORSIA geregelt werden und nur inländische Flüge innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten über das EU-ETS geregelt werden. Eine Doppel-Regulierung von CO₂-Emissionen des internationalen Luftverkehrs innerhalb der EU gilt es auf jeden Fall zu vermeiden.

Tourismusspezifika auch in übergreifenden Gesetzgebungsprozessen berücksichtigen

Tourismusspezifische Besonderheiten gilt es, auch in übergreifenden Gesetzgebungsprozessen zu berücksichtigen, die immer wieder auch deutliche Auswirkungen auf Teilbereiche der Tourismusbranche haben. So unterscheidet sich beispielsweise die Arbeit von LKW-Fahrern und Reisebusfahrern in vielerlei Hinsicht – dennoch werden ihre Tätigkeiten EU-seitig größtenteils gemeinsam geregelt. Hier muss insbesondere mit Blick auf Lenk- und Pausenzeiten dringend differenziert werden. Die modifizierte 12-Tage-Regelung sollte auch auf den nationalen Verkehr angewandt werden, praxiserleichternde Lenkzeiten und Pausenregelungen für Reisebusfahrer, die die spezifischen Besonderheiten dieses Berufs und die Bedürfnisse der Passagiere berücksichtigen, tun Not. Grundsätzlich gilt auch auf EU-Ebene unser Appell, alle Gesetzesvorhaben bereits im Vorfeld auf ihre Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft zu überprüfen, sodass ex post nicht mehr nachjustiert werden muss.

Ein ordnungspolitischer Rahmen für Digitalisierung und Sharing Economy ist überfällig

Die Digitalisierung verändert auch die Tourismusbranche. Online-Plattformen dominieren zunehmend den Vertrieb gerade im Hotelbereich. Zudem vermitteln sogenannte Sharing-Plattformen immer mehr Übernachtungs- und Transportangebote. Konkurrenz belebt zwar grundsätzlich das Geschäft. Jedoch wird es problematisch, wenn zum einen monopolistische Marktstrukturen mit Übergriffen auf Raten- und Vertriebshoheit entstehen. Gleiches gilt, wenn für vergleichbare Angebote traditioneller Unternehmer und neuer „Sharing“-Marktteilnehmer unterschiedliche Auflagen und Vorschriften gelten. Das verzerrt den Wettbewerb zulasten der traditionellen Anbieter, die oft erheblich strengere Vorgaben einhalten müssen. Ein rechtlicher Ordnungsrahmen, der einerseits monopolistischen Strukturen in Sachen Plattformökonomie entgegenwirkt und zudem ein Level-Playing-Field zwischen den neuen und den traditionellen Anbietern herstellt, ist dringend erforderlich - und hier muss auch die EU ihren Beitrag leisten.

Es gilt, sich wieder auf den Kern der EU-Politik zu konzentrieren und wir brauchen mehr Vertrauen und Begeisterung für die EU!

Keine Frage, manche Herausforderung für die europäischen Staaten kann von Brüssel aus besser koordiniert und gelöst werden. Dies gilt insbesondere für den freien Binnenhandel oder die Sicherung unserer EU-Außengrenzen. Die EU-Institutionen sollten jedoch sorgsam abwägen, welche Angelegenheiten aus Brüssel entschieden werden müssen und welche von den EU-Mitgliedsstaaten besser selbst geregelt werden. Das Subsidiaritätsprinzip gilt nicht ohne Grund. Insbesondere die Zuständigkeit im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik liegt primär bei den Mitgliedsstaaten und ist dort gut aufgehoben.

Eine klare Fokussierung auf die Kernaufgaben kann dazu beitragen, das Vertrauen in die europäischen Institutionen zu stärken. Eine solche Vertrauensbildung ist unerlässlich. Wir brauchen europapolitisch Handelnde, die den Bürgern und Unternehmen gute Gründe geben, an die europäische Gemeinschaft zu glauben. Es wird darum gehen, die Bürger und Unternehmer Europas künftig mehr mitzunehmen, sie zu informieren und für die Idee des gemeinsamen Europas zu begeistern, statt sie mit viel Kleinklein, schwer durchschaubaren Prozessen und Bevormundung (zum Beispiel in der Frage, was sie essen und trinken dürfen) zu frustrieren. Nur so lässt sich der Glaube an Europa und die gemeinsamen Werte stärken. Gerade in eher europakritischen Zeiten ist eine Überreglementierung aus Brüssel nicht sinnvoll und wenig zielführend.